



Liebe Unionsfreundinnen,
liebe Unionsfreunde,

die letzten Wochen und Monate haben für uns alle, unser Leben, unsere Gewohnheiten und Verhaltensweisen viele Veränderungen gebracht. Durch zusätzliche Lockerungen der Corona-Beschränkungen unseres Bundeslandes nähern wir uns allmählich wieder der Normalität. Ich bin dennoch der Meinung, dass weiterhin Vorsicht geboten ist und wir alle Rücksicht auf die noch nicht überwundene pandemische Situation in Deutschland nehmen sollten. Aus diesem Grund habe ich mir auch die „Corona-Warn-App“ auf mein Smartphone geladen. Sie ist seit dem 16. Juni verfügbar und steht gratis zum Download für Android und iPhone bereit. Das Herunterladen der App basiert auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. Wer sie nutzt, hilft, Infektionsketten nachvollziehbar zu machen und zu durchbrechen.

In diesem Monat hat eine Tat Deutschland ganz besonders erschüttert: In Münster war vor kurzem ein Ring von mindestens 18 Pädokriminellen aufgefloren, die Kinder zwischen fünf und zwölf Jahren schwer missbraucht und dabei gefilmt haben sollen. Die Unionsfraktion hat deshalb das Bundesjustizministerium aufgerufen, noch vor der parlamentarischen Sommerpause einen Gesetzentwurf für schärfere Strafen bei Kindesmissbrauch vorzulegen und ein eigenes Positionspapier entwickelt.

Ehrenamtlich Tätige leisten einen unverzichtbaren Beitrag für den Zusammenhalt in unserem Land. Ich freue mich deshalb sehr, dass es der CDU/CSU-Fraktion gelungen ist, nach den zwei letzten beiden größeren Reformen des steuerlichen Gemeinnützigkeitsrechts und Ehrenamts zusätzliche Maßnahmen für ein „Ehrenamtsgesetz 2021“ zu beschließen.

Deutschland soll gestärkt aus der Corona-Krise hervorgehen. Zu diesem Zweck hat der Koalitionsausschuss ein Maßnahmenpaket geschnürt, über das in den kommenden Wochen entschieden wird. Es soll Hilfen für Wirtschaft, Bürger und Kommunen im Umfang von 130 Milliarden Euro enthalten. Für die Leserinnen und Leser des Berliner Briefs habe ich auf Seite 3, in „Schweigers Faktencheck“, die wesentlichen Punkte dieses „Kraftpakets“ zusammengefasst.

Weshalb die Mansfelder Bergwerksbahn und das Mansfeld Museum Hettstedt im Juni großen Grund zur Freude hatten, die Neue Hütte Wimmelburg ein Stück Industriegeschichte ist und Umweltministerin Dalbert zur Stausee-Debatte in Kelbra nicht mit mir reden wollte, lesen Sie auf Seite 5.

Ich freue mich auf den Beginn meiner Sommertour, ein Wiedersehen und auf viele neue Begegnungen.

Herzliche Grüße,
Ihr Torsten Schweiger



Bild: freepik.com/Pinterest

DER JUNI IM PARLAMENT

Antrag zur Ausnahme der Schuldenbremse

Die Corona-Krise ist eine der außergewöhnlichen Notsituationen, die wir als Ausnahmetatbestand für die Schuldenbremse in Art. 115 Grundgesetz festgelegt haben. Wir reagieren auf diese Herausforderung gezielt: Mit einem zweiten Nachtragshaushalt 2020 wollen wir ein Maßnahmenpaket zur Konjunkturbelebung und zur Stützung der Wirtschaft finanzieren. Um die hierfür notwendigen Mittel bereitzustellen, befassen wir das Plenum des Deutschen Bundestages. Nähere Erläuterungen zum „Konjunktur- und Zukunftsprogramm“ sind auf der folgenden Seite zusammengefasst.

Entwurf eines Zweiten Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan 2020

Wir beraten den Entwurf für den zweiten Nachtragshaushalt 2020 in erster Lesung, mit dem wir die umfangreichen Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 3. Juni 2020 finanziell unterlegen. Bestandteile des Haushaltes sind etwa steuerliche Hilfsmaßnahmen, wie die befristete Absenkung der Mehrwertsteuer oder der vereinbarte Bonus zum Kindergeld in der Höhe von 300 Euro pro Kind, mit einem Gesamtumfang von 17,6 Milliarden Euro. Enthalten sind weiterhin Maßnahmen zur Stabilisierung der Beitragssätze für den Gesundheitsfonds und die soziale Pflegeversicherung in der Höhe von insgesamt 5,3 Milliarden Euro. Für Überbrückungshilfen zur Sicherung der Existenz von kleinen und mittelständischen Unternehmen werden weitere 25 Milliarden Euro bereitgestellt. Der Bund stärkt durch eine Erhöhung seiner Beteiligung an den Kosten der Unterkunft in der Grundsicherung für Arbeitssuchende und einem Beitrag zur Finanzierung des ÖPNV mit einem Gesamtvolumen von 13 Milliarden Euro die Finanzkraft von Ländern und Kommunen. Unter anderem sind weiterhin Liquiditätshilfen des Bundes für die Bundesagentur für Arbeit Bestandteil des Haushaltes. Zusätzlich zu diesen Ausgaben zur Stabilisierung und Konjunkturbelebung umfasst der Nachtragshaushalt außerdem umfangreiche Maßnahmen zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Zu nennen sind etwa Mittel für den Energie- und Klimafonds, für die Deutsche Bahn oder die Digitale Infrastruktur.

Entwurf eines Gesetzes über Begleitmaßnahmen zum Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket

Mit dem Nachtragshaushalt legen wir die Grundlage für einige wichtige Impulse für Wirtschaft und Konsum. Um diese rasch umzusetzen, beraten wir flankierend in erster Lesung ein Haushaltsbegleitgesetz mit den erforderlichen gesetzlichen Grundlagen. Es umfasst etwa Maßnahmen zur Unterstützung des weiteren Ausbaus der Mobilfunkinfrastruktur, zur Verbesserung der Kindertagesbetreuung oder zur Begrenzung eines zu hohen Anstiegs der EEG-Umlage. Nicht zuletzt regelt das Begleitgesetz die Unterstützung der Länder in der Hilfe für den ÖPNV, da der öffentliche Nahverkehr durch die Coronakrise erhebliche Einnahmeausfälle erleiden musste.

Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches

Wir debattieren in erster Lesung Änderungen im Strafgesetzbuch, mit denen wir vor allem den strafrechtlichen Schriftenbegriff gemäß § 11 Absatz 3 StGB modernisieren wollen, indem dieser zu einem Inhaltsbegriff erweitert wird. Schließlich erfolgt die Verbreitung strafbarer Inhalte (z.B. volksverhetzenden Äußerungen oder Kinderpornographie) heutzutage nicht mehr vorrangig über gedruckte Medien, sondern vor allem digital im Internet. Darüber hinaus wird die Geltung der §§ 86, 86a (Verbreiten von Propagandamitteln und Verbreiten von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen), § 111 (Öffentliche Aufforderung zu Straftaten) und § 130 StGB (Volksverhetzung) auf Handlungen im Ausland erweitert. Damit sollen vor allem die Fälle erfasst werden, in denen vom Ausland aus Deutsche oder in Deutschland ansässige Personen über das Internet auch in Deutschland wahrnehmbare strafbare Inhalte verbreiten.

SCHWEIGERS FAKTEN-CHECK

Der Koalitionsausschuss des Deutschen Bundestages hat sich Anfang Juni auf ein umfassendes **Konjunktur- und Zukunftsprogramm** in Höhe von **130 Milliarden Euro** zur Bewältigung der Folgen der Corona-Krise und für den wirtschaftlichen Neustart in Deutschland verständigt. Das Programm enthält wichtige Maßnahmen zur **Unterstützung und Stärkung unserer Kommunen**:

Der Bund übernimmt bis zu 75% der **Kosten der Unterkunft** und gleicht die **Gewerbesteuerfälle** der Kommunen zur Hälfte aus. Auch die Unterstützung des ÖPNVs und des öffentlichen Gesundheitsdienstes im Volumen von vier Milliarden Euro stärkt die Arbeit der Kommunen vor Ort. Für den **Kulturbereich** ist eine Milliarde zur Abmilderung der Einschränkungen durch Corona vorgesehen. Familien mit Kindern unterstützen wir mit einem einmaligen **Kinderbonus** von 300 Euro für jedes Kind, der nicht auf die Grundsicherung angerechnet wird. Der **Ausbau von Kitas, Krippen und Ganztagschulen** wird durch zusätzliche Mittel in Milliardenhöhe beschleunigt.

Darüber hinaus wird ein Programm für **Überbrückungshilfen** in Form von Zuschüssen für die Monate Juni bis August für diejenigen **gemeinnützigen Träger** aufgelegt, denen auch mit einem Kredit noch nicht ausreichend geholfen werden kann. Mit den beschlossenen Maßnahmen soll sichergestellt werden, dass Kinder und Jugendliche auch in Zukunft Ferienfreizeiten und Klassenfahrten erleben und internationale Erfahrungen machen können.

Zur Sicherung der Existenz von kleinen und mittleren Unternehmen wird ein Programm für **Überbrückungshilfen** in Höhe von 25 Mrd. Euro aufgelegt. Diese Hilfe gilt branchenübergreifend und soll den besonders betroffenen Branchen, wie z.B. Hotel- und Gaststättengewerbe, Schaustellern und Veranstaltern, Reisebüros und touristischen Einrichtungen angemessen Rechnung tragen.

Auch die **Stromkosten** für Bürger und Unternehmen werden sinken.

Zur **Stärkung der Binnennachfrage** wird auf Vorschlag der Union die **Mehrwertsteuer** bis Ende 2020 von 19 auf 16 Prozent bzw. von 7 auf 5 Prozent abgesenkt. Damit Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht stärker belastet werden, hat die Union in den Beratungen durchgesetzt, dass die Sozial-

beiträge nicht über die Grenze von 40 Prozent steigen.

Die **Forschung** in den Bereichen Künstliche Intelligenz und Wasserstoff wird ebenso unterstützt wie der Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes und die Digitalisierung der Verwaltung. Für den Ausbau einer modernen Ladesäulen-Infrastruktur sowie der Forschung und **Entwicklung von Elektromobilität** und Batteriezellenfertigung werden 2,5 Mrd. Euro investiert.

Der **Deutschen Bahn** werden für den Ausbau und die Elektrifizierung des Schienennetzes zusätzliche fünf Mrd. Euro zur Verfügung gestellt.



Aufbruchspaket für Deutschland

Zukunft gestalten. Stabilität erhalten. Konjunktur stärken.



Milliarden für neue Technologien und Forschung



Förderung der Elektromobilität



Hilfe für Städte und Gemeinden



Unterstützung für Familien: 300 Euro pro Kind



Mehrwertsteuersenkung bis Ende des Jahres auf 16% und 5%



Fraktion im Deutschen Bundestag

Insgesamt 7,75 Mrd. Euro werden in **Krankenhäusern**, öffentlichen Gesundheitsämtern und die Entwicklung von Impfstoffen investiert.

Auch die **Busbranche** erhält ein 170 Millionen Euro Hilfspaket.

Alle Maßnahmen des Konjunkturprogramms müssen nun schrittweise in Gesetze überführt und von Bundestag sowie Bundesrat beschlossen werden.

Ziel ist es, dass alle Maßnahmen möglichst schnell in Kraft treten können. Als einen ersten Schritt hat das Bundeskabinett am 12. Juni den Kinderbonus und die Erhöhung des Entlastungsbetrages beschlossen.

Sexuellen Kindesmissbrauch entschlossen bekämpfen

In Münster haben Ermittlungsbehörden einen Schlag gegen einen Kinderschänderring durchgeführt. Bei aller Erleichterung darüber, dass dies offenbar in kurzer Ermittlungszeit gelungen ist, ist deshalb klar: Der entschlossene Kampf gegen Kinderpornographie und sexuellen Kindesmissbrauch ist aktuell wie nie zuvor. Im Februar hat der Deutsche Bundestag es Ermittlern endlich ermöglicht, mit computer-



generierten Missbrauchsbildern in Darknet-Foren einzutreten. Das ist ein wichtiger, wertvoller Schritt, der aus meiner Sicht schon sehr dabei helfen kann, Taten früher zu erkennen und Ermittler bei Ihrer Suche nach den Tätern zu unterstützen. Der Gesetzgeber muss nun dafür sorgen, dass der Strafraumen für den Besitz von Kinderpornographie endlich verschärft wird. Die CDU/CSU-Fraktion hat sich bei Besitz von Kinderpornographie für härtere Strafen ausgesprochen. Die Vorratsdatenspeicherung ist wichtig, damit nicht falsch verstandener Datenschutz vor Kinderschutz steht. Ermittler müssen alle Hilfen erhalten, die sie brauchen, zum Beispiel auch in Extremfällen Zugriff auf Passwörter oder Entschlüsselungscodes. Die Internet-Service-Provider müssen verpflichtet werden, Fälle von Kinderpornographie an das Bundeskriminalamt zu melden. Dies ist im Rahmen des Gesetzesentwurfs zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität geplant. Wichtig dabei aber ist: Es muss Sorge getragen werden, dass nicht nur die IP-Adressen, sondern auch die Portnummern gespeichert und weitergegeben werden müssen. Verurteilungen wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern müssen länger, idealerweise sogar unbegrenzt, im erweiterten polizeilichen Führungszeugnis erfasst sein. Bislang werden Eintragungen bei Sexualstraftaten nach spätestens 10 Jahren gelöscht.

Wir müssen die Untersuchungshaft bei Kinderpornographie-Verdacht erleichtern. Denn bislang reicht die bloße Wiederholungsgefahr nicht aus. Außerdem muss es auch bei schwerem sexuellem Missbrauch von Kindern und Vergewaltigung möglich sein, die Untersuchungshaft leichter zu verhängen.

Für uns alle gilt: Wir müssen wachsam sein, ob als Ärzte, Nachbarn, Lehrer oder Erzieher. Wo massive Verdachtsmomente bestehen, dürfen wir nicht wegsehen, denn der sexuelle Missbrauch von Kindern trifft die Schwächsten unserer Gesellschaft. *(Bildquelle: Deutsche Presseagentur/ Ärzteblatt.de)*

Positionspapier „Ehrenamtsgesetz 2021“

Zur Stärkung der ehrenamtlichen Tätigkeit will die CDU/CSU-Fraktion den Übungsleiterfreibetrag von 2.400 Euro auf 3.000 Euro pro Jahr anheben. Ebenso soll die Ehrenamtszuschale von 720 Euro auf 840 Euro erhöht werden. Damit können zum Beispiel dann auch Schriftführerinnen und Schriftführer oder Kassenwarte von gemeinnützigen Vereinen unterstützt werden. Auch die Freigrenze im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb soll von 35.000 Euro auf 45.000 Euro erhöht werden. Der Betrag, bis zu dem ein vereinfachter Spendennachweis möglich ist, beläuft sich seit dem Jahr 2007 auf 200 Euro. Wir wollen diesen auf 300 Euro anheben. Spenden können dann durch den einfachen Überweisungsbeleg oder den Kontoauszug nachgewiesen werden, insofern der Verein begünstigt ist.

Kleine Vereine sollen zukünftig bei der Mittelverwendung entlastet werden. Bisher sind diese zu einer zeitnahen Mittelverwendung innerhalb von zwei Jahren verpflichtet. Diesen Zeitraum wollen wir auf fünf Jahre verlängern. Das gesamte Positionspapier finden Sie über diesen Link:

https://www.cducsu.de/sites/default/files/2020-06/Positionspapier%20Ehrenamt-Neu_0.pdf



AUS DEM WAHLKREIS

Bergwerksbahn und Mansfeld Museum erhalten Geld

In der jetzigen Situation ist eine Förderung gerade für kleinere Einrichtungen immens wichtig. Das Bundesprogramm „Kultur in ländlichen Räumen“ stellt im Projekt „Soforthilfeprogramm Heimatmuseen“ Mittel zur Stärkung und Weiterentwicklung von regionalen Museen zur Verfügung. Darauf haben sich auch Einrichtungen aus meinem Wahlkreis beworben. Die Zusage für 24.713 Euro für Erneuerungs- und Befestigungsmaßnahmen am Schienennetz sowie die Instandsetzung des Spannungsausgleiches erhält demnächst die Mansfelder Bergwerksbahn. Das Mansfeld Museum Hettstedt kann sich über 24.375 Euro für die Modernisierung der Ausstellungsräume freuen. Unsere Kultureinrichtungen im ländlichen Raum müssen wir erhalten. Oftmals ist dies aber nur möglich, wenn Land und Bund unter die Arme greifen - auch dafür setze ich mich in Berlin immer wieder neu ein.



Schweiger vor Ort: Neue Hütte Wimmelburg

Mit Ortsbürgermeister Andreas Zinke und Vertretern der zuständigen Denkmalschutzreferate, Vereinen und Initiativen sowie Bürgern besprach ich am 23. Juni die Sorge um den Erhalt der „Neuen Hütte Wimmelburg“. Sie gilt als letzter Zeitzeuge der Montangeschichte des Mansfelder Kupferbergbaus und des gesamten Hüttenwesens. Bürger und ehemalige Bergleute sorgen sich vor einem weiteren Verfall und auch den damit verbundenen Gefahren. Für die Gemeinde ist eine Sanierung nicht finanzierbar. Ein vollständiger Abbruch könnte derzeit gefördert werden. Pragmatisch durchdacht hat sich der Gemeinderat deshalb einstimmig dafür entschieden. Mit einem vollständigen Abriss würde jedoch ein wichtiges Stück Industriegeschichte unweigerlich verloren gehen. Ich stehe deshalb mit der Denkmalschutzbehörde des Landes Sachsen-Anhalt in engem Kontakt, um nach alternativen Lösungen zu suchen.



Kein Zutritt zur Stausee-Debatte

In Kelbra wurde am 25. Juni die von der Grünen Umweltministerin Sachsen-Anhalts verantwortete Änderung des Stauregimes debattiert. Nach viel Kritik im Vorfeld, Fischsterben und Anzeigen gegen das Artenschutzgesetz bei der Umsetzung ist sie jetzt gesprächsbereit, aber nicht mit jedem. Für ihre Gesprächsrunde lud sie ausgewählte Vertreter von Umwelt- und Tierschutzverbänden, Touristiker und Vereinen ein, aber die vor Ort gewählten Vertreter der Interessen der Bürgerinnen und Bürger aus Land und Bund jedoch nicht. Weil mir die Anliegen der Menschen unserer Region wichtig sind, bin ich trotzdem hingefahren. Meinen und den aus meinen Bürgersprechstunden mitgebrachten Fragen wollte sich Frau Dalbert (unter dem Deckmantel von begrenzten Teilnehmerzahlen in Corona-Zeiten) aber nicht stellen.



Radfahren wird immer beliebter

Viele Bürgerinnen und Bürger nutzten die vergangenen Monate, um verstärkt Fahrrad zu fahren. Dies geschah wohl entweder als Freizeitaktivität oder zum Pendeln. Auch die zuständige Branche bekommt diesen positiven Trend zu spüren. Bei Fahrrädern, Sport- und Camping-Artikeln stieg der Umsatz allein von März bis April um 12,5 Prozent. Schon von 2015 - 2019 wuchs der Branchenumsatz um 31,7 Prozent. Bereits im letzten Jahr gaben 44 Prozent der Deutschen an regelmäßig auf ihr Fahrrad zu steigen und 41 Prozent hatten die Absicht ihr Fahrrad häufiger zu nutzen.



Mit dem **Klimaschutzprogramm 2030** der Bundesregierung sollen zusätzliche Mittel in Höhe von 900 Mio. Euro allein für den Radverkehr bis 2023 bereitgestellt werden. Zusammen mit den bisherigen Fördermöglichkeiten in Höhe von rd. 560 Mio. Euro ergeben sich insgesamt rd. 1,46 Milliarden Euro für die Förderung des Radverkehrs und den Ausbau der Radinfrastruktur bis 2023 durch das Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur (BMVI). (Quelle und Bild: Destatis, BMVI)

Sitzungswoche vor der Sommerpause

29. Juni bis 3. Juli 2020

Auswahl geplanter Wahlkreistermine

- 06.07. - Wahlkreistag in Gerbstedt und im Seegebiet Mansfelder Land
- 07.07. - Wahlkreistag in Mansfeld
- 08.07. - Bürgersprechtag in Hettstedt
- 09.07. - Wahlkreistag Einheitsgemeinde Südharz
- 10.07. - Arbeitsmarktgespräch, Agentur für Arbeit Sangerhausen mit Besuch des Jobcenters
- 10.07. - Wahlkreisnachmittag in Höhnstedt
- 11.07. - Nachtschicht im Polizeirevier Eisleben
- 13.07. - Ausbildungszentrum der Helios Kliniken
- 13.07. - Besuch des Landesforstbetriebs Süd
- 14.07. - Gespräch mit dem Bauernverband Saaletal und Besuch des Landeszentrum Wald in Ziegelroda
- 14.07. - Treffen mit Landrat Handschak in Querfurt
- 14.07. - CDU-Landesvorstand in Neugattersleben
- 15.07. - Besuch des THW Merseburg
- 15.07. - Gespräch im Jobcenter Saalekreis, Merseburg
- 16.07. - Arbeitstreffen mit Bürgermeister Christian Runkel (Bad Lauchstädt) und Bürgermeister Andreas Marggraf (Mücheln)



Folgen Sie mir auf meiner Internetseite unter www.cdu-schweiger.de oder bei Twitter, Facebook und Instagram!

So erreichen Sie mich ...

Abgeordnetenbüro Berlin

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Telefon: 030 227-77066 Telefax: 030 227-70069
E-Mail: torsten.schweiger@bundestag.de

Ansprechpartnerin: Andrea Haese

Wahlkreisbüro Sangerhausen

Schlossgasse 1 • 06526 Sangerhausen
Telefon: 03464 279930 • Telefax: 03464 279931
E-Mail: torsten.schweiger.wk01@bundestag.de

Ansprechpartnerin: Nadine Pein

Wahlkreisbüro Lutherstadt Eisleben/ Hettstedt

Markt 14 • 06295 Lutherstadt Eisleben
Telefon: 03475-7149650
E-Mail: torsten.schweiger.wk02@bundestag.de

Ansprechpartner: Matthias Redlich

Wahlkreisbüro Merseburg

Burgstraße 6 • 06217 Merseburg
Telefon: 03461-2897337
E-Mail: torsten.schweiger.wk03@bundestag.de

Ansprechpartnerin: Heike Roßner